



Kirchliche Trauung für alle?

Wie die evangelische und die katholische
Kirche dazu stehen: Seite 4 bis 6

Darum sagen wir L'chaim, auf das Leben!

Ein Gespräch mit
Monty Ott über Keshet
und queeres Judentum
in Deutschland

Seite 7 bis 9

Ist die CDU vollständig Volkspartei?

Matthias Eitenbenz
berichtet vom
Bundesparteitag der
CDU in Leipzig

Seite 11

LSUler in die Kommunal- parlamente!

Frank Hoffmann zeigt
auf, wie wir die liberale
Demokratie in den
Stadträten schützen

Seite 12



Moin!

Das Jahr 2019 neigt sich dem Ende entgegen und damit auch schon das zweite volle Jahr nach Öffnung der Zivilehe. Wir wollen in dieser Ausgabe der Versuchung widerstehen, der ohnehin schon inflationären Flut von Jahresrückblicken einen weiteren hinzuzufügen. Stattdessen beleuchten wir, was jener Beschluss des Bundestages aus dem Jahr 2017 in drei großen Religionsgemeinschaften für Dynamiken entwickelt hat. Wir schauen hierzu auf den Stand der Diskussionen um gleichgeschlechtliche Trauungen und das Eheverständnis innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland, vorrangig in Niedersachsen (**auf Seite 4**). Über die Entwicklung bei unseren katholischen Brüdern und Schwestern sprachen wir mit Birgit Mock, der familienpolitischen Sprecherin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK). Sie ist eine der Initiatorinnen der Erklärung „Segen schenken – Segensfeiern für gleichgeschlechtliche Paare“, die das ZdK auf seiner Vollversammlung im November beschlossen hat und die die Segnung gleichgeschlechtlicher Paare fordert (**ab Seite 5**). Unter dem Regenbogen (hebräisch „Keshet“) versammeln sich seit gut einem Jahr auch in Deutschland queere Jüdinnen und Juden. Wir sprachen mit Monty Ott, einem der Gründer

des Vereins „Keshet Deutschland e.V.“ über die Arbeit des Vereins sowie Möglichkeiten und Schwierigkeiten jüdischen LSBTI-Lebens in der Bundesrepublik (**ab Seite 7**).

Der neueste Stand beim Verbot sogenannter Konversionstherapien (**Seite 10**) verdeutlicht dann noch einmal, dass LSBTI-Menschen für manchen religiösen Eiferer noch immer Kranke sind, die es zu heilen gilt. Aber auch hannoversche Wohnungsbaugenossenschaften sind mitunter nicht vor einem Rückfall in reaktionär anmutendes Denken und leider auch Handeln gefeit (**Seite 6**). Da ist es gut, dass uns der Gastbeitrag unseres Mitgliedes Frank Hoffmann, Ratsherr in Speyer, daran erinnert, dass unsere liberale Gesellschaft auch und gerade auf kommunaler Ebene verteidigt wird (**Seite 12**). Auch die Reaktion aus der hannoverschen CDU-Ratsfraktion auf die Farbspiele des bereits erwähnten Wohnungsunternehmens zeigt, dass wir diese Liberalität hochhalten. Sie offenbart aber darüber hinaus, wie weit wir als LSU in unserer Mutterpartei schon gekommen und wie selbstverständlich unsere Positionen zum Teil für diese geworden sind. Dass wir dies nun auch durch eine formellere und engere Bindung an unsere CDU deutlich machen wollen, haben wir auf dem Bundespar-

teitag in Leipzig bekräftigt. Mein Vorstandskollege Matthias Eitenbenz berichtet auf **Seite 11**.

Bleibt mir nur noch, Ihnen und Euch ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Übergang in ein friedliches und gesundes neues Jahr 2020 zu wünschen. In diesem Jahr begehen wir dann übrigens den 195. Geburtstag und 125. Todestag von Karl Heinrich Ulrichs, einem frühen Vorkämpfer für Homosexuellen-Rechte. Kennen Sie nicht? Dann auf jeden Fall die **Seite 13** lesen. Auf ein Wiedersehen in den „roaring twenties“; bleiben Sie/bleibt uns gewogen.



Sven Alexander van der Wardt
Landesvorsitzender
LSU in Niedersachsen



Foto: Plenar TV

Ende des Blutspendeverbots?

CDU signalisiert Einigkeit mit FDP-Antrag

Noch immer werden Homo- und Transsexuelle dabei eingeschränkt, Blut zu spenden. Die Landtags-FDP wirbt dafür, die Enthaltensamkeitsfrist von 12 Monaten für Männer, die Sex mit Männern haben, abzuschaffen und eine diskriminierungsfreie Blutspende zu ermöglichen. „Das sieht nach viel Einigkeit aus“, sagte CDU-Gesundheitspolitikerin Petra Joumaah (Foto) im November-Plenum. Auch sie setzt sich dafür ein, vernünftige Regelungen zu finden.



Foto: LSU

Stadt Lüneburg zahlt nichts

Vorstand zu Gast im Checkpoint Queer

Anfang Dezember war der Landesvorstand der LSU in Niedersachsen zu Besuch beim Checkpoint Queer, dem queeren Zentrum für Lüneburg. Dort informierten sie sich über die vielfältigen Angebote des Vereins: Von Jugendgruppen über Angebote für Transsexuelle und Transidente bis hin zu HIV-Beratung findet hier eine ganze Menge statt. Mit Erstaunen haben sie gehört, dass sich die Stadt Lüneburg aus der Finanzierung komplett raushält.



Foto: Fühner; Andersen

Gespräche im Emsland

Christian Fühner informierte sich über das QJN

Wie kann die gute Arbeit queerer Jugendgruppen im ländlichen Raum sichergestellt werden? Darüber sprachen Anfang November in Lingen der emsländische CDU-Kreisvorsitzende Christian Fühner und Kim Ole Andersen, Landeskoordinator der Queeren Jugend Niedersachsen (QJN). Seit zwei Jahren gibt es den Zusammenschluss queerer Jugendgruppen. In Zukunft sollen kommunale Partnerschaften die Angebote sichern.



Foto: LSU

Impressum

Inhaltliche Verantwortung (i.S.d.P. und gemäß § 5 TMG):
Dr. Sven Alexander van der Wardt,
Vorsitzender LSU in Niedersachsen

Lesben und Schwule in der Union (LSU) in Niedersachsen
c/o Wilfried-Hasselmann-Haus
Hindenburgstraße 30
30175 Hannover

Abmeldung vom Newsletter:
alexander.vanderwardt@lsu-online.de

Bald Trauungen in allen Landeskirchen?

Die evangelische Kirche modernisiert sich – aber behutsam

Zuletzt war es die Landeskirche von Schaumburg-Lippe, in der das Kirchenparlament eine Neuordnung des Umgangs mit homosexuellen Paaren anstieß. Ende November 2019 beauftragte die Synode eine Arbeitsgruppe, die nun eine Regelung zur Trauung von Schwulen und Lesben ausarbeiten soll. Erst im Frühjahr hatte die Landeskirche Hannovers eine entsprechende Handreichung verabschiedet, die seitdem die Gottesdienste für die Segnung von homo- wie heterosexuellen Paaren auf vergleichbare Weise ausgestaltete und beides einheitlich Trauung nannte.

Dem föderalen System der evangelischen Kirche ist es geschuldet, dass auch der Umgang mit Homosexualität sehr unterschiedlich geregelt ist. 20 Gliedkirchen hat die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD). Die Kirche Hannovers ist dabei die mitgliederstärkste, die Kirche von Schaumburg-Lippe steht auf dem vorletzten Platz. Was Modernisierung angeht, war die schauburg-lippische Landeskirche schon immer etwas zögerlicher. So war sie zum Beispiel die letzte Kirche innerhalb der EKD, die die Frauenordination einführte – das war 1991.

Trauungen für homosexuelle Paare waren zuerst im April 2016 in der Evangelischen Landeskirche in Baden eingeführt worden. Die Paare können sich seitdem in öffentlichen Gottesdiensten trauen lassen, die Amtshandlung wird im Kirchenbuch eingetragen. Zwar dürfen Pastoren die Trauung noch ablehnen, die Dekane sind



Wie weit ist der Weg
vom Standesamt zum Traualtar?

Viele Evangelische Kirchen ermöglichen nach der Öffnung der Zivilehe nun auch Trauungen für homosexuelle Paare.

aber angehalten, sofort Ersatz zu finden. Diese Regelung zieht sich durch alle Landeskirchen, die Trauungen für gleichgeschlechtliche Paare ermöglichen. Kein Pastor kann gezwungen werden – aber wer will sich schon von jemandem trauen lassen, der das gar nicht will?

Diverse Regelungen allein schon in Niedersachsen

Innerhalb der Landesgrenzen Niedersachsens gibt es insgesamt fünf evangelische Landeskirchen, die sich in der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zusammenschließen. Neben der Landeskirche Hannovers und der schauburg-lippischen Landeskirche gibt es noch die Landeskirche in Braunschweig

und die Kirche in Oldenburg sowie die Evangelisch-reformierte Kirche.

In Oldenburg waren seit 2003 Segnungen homosexueller Paare möglich, im November 2018 beschloss das Kirchenparlament die „Trauung für alle“. Die Evangelisch-reformierte Kirche ging diesen Schritt bereits im November 2017. In Braunschweig spricht man hingegen noch von einem „Akt der Seelsorge“, der „nicht mit der Trauung verwechselbar sein darf“. Segnungen sind dort im Gottesdienst aber möglich, wenn Pastor und Kirchenvorstand dem zustimmen. In Schaumburg-Lippe sind bislang nicht einmal öffentliche Segnung vorgesehen. Dort beginne der Reflexionsprozess jetzt erst, wie ein evangelischer Pastor kürzlich sagte.

Trotz des Voranschreitens einiger großer Landeskirchen ist eine bundesweit einheitliche Agenda für Trauungen homosexueller Paare so bald nicht zu erwarten. Zum einen gibt es noch immer Landeskirchen, die noch nicht auf diesem Stand sind, zu nennen ist da zum Beispiel auch die recht konservative Landeskirche Sachsens. Zum anderen sind für solche einheitlichen Regelungen die konfessionellen Zusammenschlüsse zuständig. Die 20 Gliedkirchen der EKD teilen sich noch einmal in sieben lutherische Landeskirchen, die die Vereinigte Evangelisch-lutherische Kirche Deutschlands (VELKD) bilden, und zwölf evangelische Landeskirchen, die sich in der Union Evangelischer Kirchen (UEK) zusammengetan haben. <

ZdK fordert Segnungen für Homosexuelle

Katholische Laien stimmen für modernen Kurs in der Familienpolitik

Parallel zum Bundesparteitag der CDU tagte Ende November auch die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK). Die Delegierten verabschiedeten dort die Erklärung „Segen schenken – Segensfeiern für gleichgeschlechtliche Paare“.

Was bedeutet das für homosexuelle Katholiken? Wir haben nachgefragt bei **Birgit Mock**, der familienpolitischen Sprecherin des ZdK. Sie hat die Arbeitsgruppe geleitet, die die Erklärung ausgearbeitet hat.



Birgit Mock ist Geschäftsführerin des Hildegardis-Vereins, familienpolitische Sprecherin des ZdK und Vizepräsidentin des Katholischen Deutschen Frauenbundes.

Frau Mock, die ZdK-Vollversammlung hat sich für die Segnung homosexueller Paare ausgesprochen. Wie umstritten war der Text der Erklärung „Segen schenken – Segensfeiern für gleichgeschlechtliche Paare“ im Vorfeld?

Es ist nicht das erste Mal, dass das ZdK sich für kirchliche Segensfeiern für gleichgeschlechtliche Paare ausgesprochen hat. Schon 2015 gab es dafür in der ZdK-Vollversammlung eine deutliche Mehrheit. Allerdings war das damalige Votum einiger Kritik – auch von bischöflicher Seite – ausgesetzt.

Hier hat sich in den letzten Jahren vieles gewandelt. Inzwischen gibt es eine ganze Reihe von Bischöfen, die darüber nachdenken und sich von der pastoralen Notwendigkeit bewegen lassen, dogmatische und moraltheologische Positionen in gemeinsamer Lesung mit humanwissenschaftlichen Erkenntnissen zu aktualisieren.

Das ZdK ist eine Laienorganisation der Katholischen Kirche in Deutschland. Können Sie uns den Einfluss dieses Gremiums erklären? Was ändert sich jetzt durch den Beschluss?

Durch einen Beschluss des ZdK ändert sich nicht das Kirchenrecht. Aber es ist dem ZdK in den letzten Jahren gelungen, einen wichtigen Beitrag zu leisten, das Thema Homosexualität und Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften in der katholischen Kirche besprechbar zu machen. Das ist die Grundlage einer jeden Veränderung. Wir stel-

len hier Klimawandel mit positivem Vorzeichen fest. Nun wollen wir das ausführliche Votum der jüngsten ZdK-Vollversammlung in die offenen Beratungen des Synodalen Wegs einbringen – als hoffentlich überzeugendes argumentatives Angebot.

Mit diesem liberalen Kurs steht Deutschland in der Weltkirche vermutlich relativ allein. Ist das ein Problem?

Es ist ein Problem, wenn unter Verweis auf die Weltkirche jegliche Entwicklung in der lehramtlichen Bewertung von Homosexualität und gleichgeschlechtlicher Partnerschaft ausbleibt und sich deshalb auch keine der Situation in Deutschland angemessene pastorale Praxis entfalten kann. Die Chance des Synodalen Wegs ist, dass wir in der katholischen Kirche in Deutschland zu einer neuen Geschlossenheit finden, und damit durchaus auch zu einem neuen Selbstbewusstsein, in der Weltkirche den Blickwinkel der Gläubigen in Deutschland, ob sie Priester oder Laien sind, mit einer starken Legitimation einzubringen.

Wie fielen die Reaktionen vonseiten des Klerus aus? Da gibt es doch sicher auch sehr unterschiedliche Meinungen.

Völlig richtig. Es gibt hier – unter den Laien wie im Klerus – kein uniformes Meinungsbild. Bei der großen Mehrheit der Laien gibt es eine Offenheit für die Segensfeiern, das unterstreicht das Votum der ZdK-Vollversammlung.

Bei den Priestern, Diakonen und Bischöfen sind wir nun gespannt auf die Diskussion, die wir hoffentlich mit unseren Positionen und Argumenten fördern können.

Die evangelische Kirche hat die Segnungen in unterschiedlicher Form in den zurückliegenden Jahren fast überall eingeführt. Einige Landeskirchen ermöglichen jetzt auch die Trauung homosexueller Paare. Ist der ZdK-Beschluss auch eine Form von ökumenischer Annäherung in einer modernen Welt?

Es ist richtig, dass es den Katholiken in Deutschland nicht gleichgültig sein sollte, wenn um sie herum alle sich ändern. Die evangelischen Landeskirchen

sowie auch die altkatholische Kirche sind hier zu nennen, vor allem aber auch die säkulare Gesellschaft und der Staat, in dem es ja inzwischen nach der seit 2001 möglichen eingetragenen Lebenspartnerschaft das Recht auf Eheschließung für gleichgeschlechtliche Paare gibt. Aber wenn wir für eine veränderte katholische Praxis werben, geht es nicht um Modernisierung als Selbstzweck oder Anpassung an andere, sondern um das Erkennen der Zeichen der Zeit im Lichte des Glaubens und des Evangeliums. Und auf die Zeichen der Zeit machen uns durchaus auch andere christliche Kirchen und der gesellschaftliche Wandel aufmerksam.

Die VELKD denkt zurzeit über einen neuen Familien- und Ehebegriff nach. Gibt es dabei Abstimmungen zwischen VELKD, ZdK und der Bischofskonferenz?

Ein veränderter Ehebegriff ist für uns im ZdK derzeit nicht das vorrangige Thema. Wir setzen uns für die Segensfeier als eigenständigen Ritus ein – sie wäre etwas anderes als eine sakramentale Eheschließung. Darüber hinaus ist es wichtig, zwischen den Konfessionen im Gespräch zu sein und zu bleiben. Insofern kann ich die Kirchen der VELKD nur einladen, über diese Fragen die Verständigung mit der katholischen Kirche zu suchen und dabei auch das ZdK als Gesprächspartner in den Blick zu nehmen.

CDU-Fraktion kritisiert Gartenheim

Vermieter streicht Fensterrahmen von schwulem Paar rosa

Einige Medien hatten Ende November über ein homosexuelles Paar aus Hannover berichtet, das sich gegen den Austausch der Fenster in einem der Gartenheim gehörenden Mehrfamilienhaus gewehrt hatte. In der Folge hatte der Vermieter sämtliche Fenster des Hauses ausgetauscht; bis auf die Fenster des Paares. Die Rahmen dieser Fenster wurden stattdessen rosa angestrichen. Das Paar verklagte die Gartenheim auf Schmerzensgeld. Man einigte sich am Ende auf einen Vergleich, woraufhin die Wohnungsgenossenschaft dem Paar 1000 Euro zahlte.

Von den Medienberichten auf das Thema aufmerksam gemacht, meldete sich zuerst die CDU-Fraktion aus der Rat der Landes-



Unter anderem berichteten die Bild und die Hannoversche Allgemeine Zeitung über den Vorfall.

hauptstadt Hannover zu Wort und verurteilte dieses Vorgehen aufs Schwärzte. „Ich bin entsetzt über das am Wochenende bekannt gewordene Vorgehen der Wohnungsgenossenschaft Gartenheim gegenüber homosexuellen Mietern“, erklärt Georgia Jeschke, die gleichstellungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion. „Selbst wenn Gartenheim

eine Diskriminierungsabsicht bestreitet, gereicht schon der bloße Verdacht einer unserer führenden Wohnungsbaugenossenschaften in Hannover nicht zur Ehre“, so Jeschke weiter. „Ein solch rückwärtsgewandtes Handeln hätte ich mir im Jahre 2019 in einer weltoffenen Stadt wie Hannover nicht mehr vorstellen können.“



Darum sagen wir L'chaim, auf das Leben!

Ein Gespräch mit Monty Ott über Judentum und Queerness

Monty Ott kommt ursprünglich aus Hannover, lebt heute in Berlin und ist einer der drei Gründer von Keshet, einer Organisation für „queere Jüdinnen und Juden“ in Deutschland. Wir sprachen mit ihm über Homo- und Transfeindlichkeit in jüdischen Gemeinden – aber auch über Antisemitismus in der LSBTI-Community. Außerdem wollten wir wissen, was Keshet von der CDU erwartet, damit auch queere Juden in Deutschland „gut und gerne leben“.

Lieber Monty, vor gut einem Jahr warst Du einer der Mitbegründer von Keshet, einem Verein, der queeren Jüdinnen und Juden eine Heimat geben will, wie die „Jüdische Allgemein“ schrieb. Was war Dein und euer Antrieb für die Gründung dieses Vereins?

Also, das Ganze hat so begonnen, dass meine stellvertretenden Vorsitzenden Leo Schapiro und Dalia Grinfeld sich bei einem guten Freund auf dem Geburtstag getroffen haben. Dort war

die Idee geboren. Ich denke, dass es sehr viel damit zu tun hatte, dass seit fast 12 Jahren nahezu ein Vakuum bestand, was queere jüdisches Leben in Deutschland betrifft. Es gab zwar immer wieder kleinere Initiativen, aber seitdem Yachad (der letzte größere Verein) inaktiv wurde, gab es für queere Jüd*innen nahezu keine Ansprechpartner*innen. Man saß überall zwischen den Stühlen. Auch in jüdischen Gemeinden gibt es Homo- und Transfeindlichkeit, vor allem gibt

es aber in der queeren Community einen grassierenden Antisemitismus. Das nicht erst seit BDS. Es gibt da bereits Berichte aus den 1980er Jahren, die davon erzählen, wie sich queere Jüd*innen ihre eigenen Räume schaffen mussten. Und genau das tun wir jetzt auch: wir schaffen Räume, in denen man weder die eigene Queerness, noch die Jüdischkeit an der Garderobe abgeben muss. Bei uns kann jede*r so sein, wie er*sie nun einmal ist. Darauf bin ich sehr stolz. Wir besetzen queer-jüdische Identität als Etwas positives und unterstützen dabei, offen und stolz zu sich selbst zu finden.



Wo seht ihr euer spezielles Profil beispielsweise im Gegensatz zu anderen Communityvereinen, oder auch zu den LSBTI Organisationen der politischen Parteien? Oder möchtet ihr dezidiert unpolitisch sein?

Ich denke nicht, dass man sich mit queerem Judentum in Deutschland beschäftigen und dabei unpolitisch sein könnte, auch wenn es eine schöne Vorstellung ist. Ich würde mir wünschen und arbeite daran, dass es mal unbeschwert sein kann, jü-

disch und queer zu sein. Aktuell kreuzen sich diese Themen aber im gesellschaftlichen Raum. Weder Queerness, noch Jüdischsein sind in Deutschland selbstverständlich. Darüber hinaus werden die entsprechenden Kämpfe eben auch, nicht zuletzt durch das Erstarken der AfD, im politischen Raum geführt. Es sind in den letzten Jahrzehnten großartige Erfolge erzielt worden. Damit meine ich nicht nur die Abschaffung des §175 StGB, sondern auch die Ehe für Alle. Doch neben den politischen Auseinandersetzungen und Fortschritten, kommt es immer noch zu gesellschaftlichen Repressionen. Das fängt auch teilweise schon im engsten Umfeld an. Hier ist es uns wichtig, als direkter Ansprechpartner bereit zu stehen und die Menschen zu unterstützen. Von daher haben wir in unserem ersten Jahr viel Wert darauf gelegt, Räume zu schaffen, in denen jede*r ganz sie*er selbst sein kann.

Wie stehen aus Deiner Sicht das liberale und das orthodoxe Judentum zu LSBTI-Menschen? Gibt es aus Deiner Sicht ein Akzeptanzproblem innerhalb der jüdischen Gemeinschaft?

Es gibt da zwei Ebenen. Einerseits gibt es eine strukturelle und theologische Inklusion gegenüber Queerness innerhalb des liberalen Judentums. Aus dem orthodoxen Judentum gibt es hier ganz unterschiedliche Meinungen. Mutige orthodoxe Rabbiner haben eine halachische Position bezogen, die queeren



„Auch in jüdischen Gemeinden gibt es Homo- und Transfeindlichkeit, vor allem gibt es aber in der queeren Community einen grassierenden Antisemitismus.“

Jüd*innen ermöglicht ihre queere und jüdische Identität ohne Widersprüche zu leben. Sicher handelt es sich hierbei aktuell (noch) nicht um eine Mehrheitsmeinung, aber es gibt auch hier Prozesse. Allerdings vermischen sich verschiedene Ebenen miteinander, also persönliche Gefühle gegenüber sexueller und geschlechtlicher Vielfalt mit einer religiös-begründeten Argumentation. Mit unserer Aufklärungsarbeit versuchen wir das zu entwirren und emotionale Vorbehalte aufzulösen.



Jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger sehen sich leider wieder zunehmend Vorbehalten und sogar körperlichen Übergriffen ausgesetzt. Wie erlebst Du das und würdest Du sagen, dass queere Jüdinnen und Juden sich sogar einer doppelten Diskriminierung ausgesetzt sehen? Wenn ja, wie beurteilst Du das?

Allenvoran muss ich dir sagen, dass ich den Begriff Mitbürger*innen ganz, ganz schrecklich finde. Das 'Mit' macht Jüd*innen zweitrangig: deutsche Bürger*innen und jüdische Mitbürger*innen. Ich wünsche mir, dass das Jüd*in in Deutschland seinen stolzen Klang zurückerhält und nicht nur als Schimpfwort von Schüler*innen auf Schulhöfen verwendet wird. Und auch doppelte Diskriminierung finde ich etwas kompliziert. Nicht, weil ich den Gedanken ablehne, dass queere Jüd*innen mehrfach Diskriminierung erleben können, aber ich will da keine Hierarchien aufmachen. Ich denke, dass die Erfahrung von Antisemitismus, sowie Homo- und Transfeindlichkeit einen be-

sonderen Erfahrungsrahmen, der sich unterscheidet. Das ist für die Problemanalyse und die Kritik wichtig, sowie für die daraus folgenden Handlungen. Und ja, ein Teil des Problems ist, dass Antisemitismus und Homo- und Transfeindlichkeit gesamtgesellschaftliche Probleme sind. Nicht

nur der Hass, den man dort erlebt, wo man ihn erwartet, sondern auch da, wo er dich vielleicht überrascht. Auch in progressiven Kontexten kann es eben auch da zu Leugnung und Wut, Feindseligkeit und Empörung kommen. Ich finde, dass wir auch den Fokus nicht auf die negativen Aspekte legen sollten. Eine befreundete Kantorin sagte mal zu mir: „Wir sprechen davon, dass wir doppelt gesegnet sind“. Ich finde das sehr schön. Natürlich sollte man die Probleme nicht verdrängen, aber sie werden uns ja auch ständig vor Augen gehalten. Man kann sie in Deutschland also nicht einfach verdrängen. Deswegen wollen wir auf unseren Veranstaltungen das Leben feiern, darum sagen wir L'chaim, auf das Leben!

Wir selbst sind Nichtjuden und Vertreter einer christdemokratischen Partei. Was erwartest oder erhoffst Du Dir persönlich und was erwartest Keshet von der nichtjüdischen deutschen Gesellschaft, der CDU und uns, als LSU?

Als queere Jüd*innen haben wir ein gemeinsames Anliegen: mehr Empathie. Aus dieser Empathie muss ein Verantwortungsgefühl entstehen, aus dem heraus sich deutliche Maßnahmen gegen Antisemitismus, Homo- und Transfeindlichkeit entwickeln. Aber

„Eine befreundete Kantorin sagte mal zu mir: ‚Wir sprechen davon, dass wir doppelt gesegnet sind‘. Ich finde das sehr schön.“

es muss genauso klar sein, dass der Kampf gegen diese Ideologien primär keine Aufgabe von Jüd*innen oder Queers ist, sondern die Verpflichtung der Gesamtgesellschaft. In was für einer Gesellschaft wollen wir leben? Wie die CDU im Wahlkampf getitelt hat, „ein Land in dem wir gut und gerne leben“? Wer ist dann dieses „wir“? Wenn queere Jüd*innen in diesem Land „gut und gerne leben“ sollen, dann muss aus dem Kampf gegen Homo-, Transfeindlichkeit und Antisemitismus mehr werden als ein Lippenbekenntnis. <



„Homo-Heilung“ wird verboten

Gesundheitsminister Spahn stellt Referentenentwurf vor

Die einen Kirchen beschließen, homosexuelle Paare zu segnen oder sogar zu trauen. Andere Kirchen sind da allerdings noch nicht so weit. Noch immer gibt es vor allem im fundamental-religiösen Milieu die Vorstellung, man könnte homosexuelle Menschen von ihrer Veranlagung „heilen“.

Ginge es nach Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), soll das in Zukunft nicht mehr möglich sein. Im November hat er einen Referentenentwurf zu einem Gesetz vorgestellt, dass sogenannte Konversionstherapien verbieten soll. „Diese angebliche Therapie macht krank und nicht gesund“, sagte Spahn.

Keine Therapie bei Minderjährigen

Verboten werden sollen Behandlungen bei Personen unter 18 Jahren, erklärt das Bundesgesundheitsministerium auf seiner Internetseite. Unabhängig vom Alter sollten demnach auch Behandlungen von Menschen verboten werden, die bei ihrer Entscheidung, sich behandeln zu lassen, einem Willensmangel unterliegen – zum Beispiel durch Täuschung, Irrtum, Zwang oder Drohung.

Bei Personen zwischen 16 und 18 Jahren würde das Verbot nicht gelten, wenn der Behandler nachweisen könnte – und zu diesem Nachweis wäre er verpflichtet –, dass die behandelte Person über die notwendige Einsichtsfähigkeit in Bedeutung und Tragweite (Risiken) der Behandlung verfügt.



Das Verbot würde auch für jegliches Bewerben, Anbieten und Vermitteln solcher Behandlungen bei Personen unter 18 Jahren gelten. Bei Personen ab 18 Jahren würden die „öffentliche“ Werbung und das „öffentliche“ Anbieten sowie das Vermitteln verboten.

Die LSU in Niedersachsen begrüßt den vorgestellten Gesetzentwurf. „Wir freuen uns, dass dieser Vorstoß von einem Minister unserer Partei kommt“, sagt LSU-Landeschef Sven Alexander van der Wardt. „Wir können zwar nachvollziehen, dass das Verbot manch einem nicht weit genug geht, weil es sich nur auf Minderjährige beschränkt. Auf dem Schutz genau dieser Personengruppe lag aber auch immer unser besonderes Augenmerk. Juristisch schwieriger zu begründen wäre ein generelles Verbot bei Erwachsenen. Denn völlig klar ist: In unserer freien Gesellschaft darf selbstverständlich jeder mündige

Mensch über sein Schicksal selbst entscheiden. Jede weitergehende Regelung machte diesen Gesetzentwurf also anfechtbar – das kann nicht im Interesse der Sache sein.“

Wie der Gesetzgeber grundsätzlich zu Konversionstherapien steht, werde jedoch durch das umfassende Werbeverbot hinreichend deutlich, so van der Wardt weiter. Wichtig sei die Botschaft, die von diesem Vorstoß ausgehe: Homosexualität ist keine Krankheit. „Es ist okay, so wie Du bist“, sagte Minister Spahn. Unterstrichen wird dies auch noch einmal ausdrücklich durch das im Gesetzentwurf vorgesehene Hilfeangebot durch einen Telefon- und Online-Beratungsdienst.

Insgesamt findet die LSU in Niedersachsen ihre Forderungen, die vor einigen Monaten an die Landtags- und Bundestagsabgeordneten der CDU in Niedersachsen übersandt worden waren, in diesem Referentenentwurf wieder. <

Mittendrin statt nur dabei?

Wie sich die LSU beim Bundesparteitag in Szene gesetzt hat

Noch heute berichten langjährige LSU-Mitglieder über den CDU-Bundesparteitag 2003 in Leipzig. Die LSU war damals zum ersten Mal mit einem Stand dabei – allerdings wollte man die damals noch junge Gruppierung besser nicht zu sehr in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rücken. Stattdessen platzierte man die LSU halbwegs versteckt bei den Toiletten. Trotzdem waren die Mitglieder der LSU durchaus stolz endlich auch auf dem Bundesparteitag präsent sein zu können und stellten sich selbstbewusst der Herausforderung, die Anliegen der LSU den Delegierten und Gästen zu präsentieren. Und zwar mit einfachsten Mitteln, genauer gesagt mit einem Klapptisch und einem einfachen Banner.

Das Verhältnis zwischen CDU und LSU hat sich in den letzten 16 Jahren kontinuierlich verbessert. Insbesondere die Zusammenarbeit auf Landesebene kann an vielen Stellen als eng und vertrauensvoll bezeichnet werden. Die Aktivitäten der LSU sind vielfältig und nicht nur auf das Setzen von inhaltlichen Impulsen beschränkt. Immer öfter wirkt die LSU auch für die CDU nach außen, baut Brücken in Bereiche der Gesellschaft, in denen die CDU kaum Anschluss findet. Die LSU unterstützt Partei und Kandidaten auch in Wahlkämpfen, wie beispielsweise zuletzt in Hannover, wo man neben vielen anderen Aktionen gemeinsam mit dem OB-Kandidaten ganz selbst-

verständlich auch die LSBTI-Community besucht hat. Insofern überrascht es nicht, dass sich den Teilnehmern des diesjährigen Bundesparteitages, der wiederum in Leipzig stattfand,



Vollständig Volkspartei? Die neue CDU-Vizechefin Silvia Breher (2.v.l.) neben Niedersachsens LSU-Vizechef Matthias Eitenbenz (3.v.l.).

ein komplett anderes Bild bot. Die LSU wurde durch das Konrad-Andenauer-Haus direkt neben der Sächsischen Union in der Mitte der Ausstellungshalle platziert. Und auch die Gestaltung des Auftritts der LSU hat sich auch dank des hohen persönlichen Einsatzes des LSU-Bundesgeschäftsführers Konrad Bauer deutlich verbessert und kann inzwischen als professionell bezeichnet werden.

Antrag zum Status der LSU wurde aufgeschoben

An beiden Tagen gaben sich Abgeordnete, Minister, Delegierte und Gäste, auf dem Stand der LSU „die Klinke in die Hand“. Und auch die frisch gewählte stellvertretende Parteivorsitzende Silvia Breher schaute vorbei. Noch nie war also der Zuspruch und die Unterstützung für die

LSU so groß – und trotzdem blieb die Frage „Mittendrin statt nur dabei?“ zum Teil unbeantwortet. Erwartungsgemäß verwiesen die Delegierten den Antrag der CDU Berlin, wonach die LSU als achte Bundesvereinigung der CDU anerkannt werden sollte, in eine Satzungskommission. Diese soll nicht nur über den Status der LSU, sondern auch über die Frauenquote beraten und Vorschläge erarbeiten. Viel wurde nicht nur innerhalb der LSU über den Antrag der Berliner CDU im Vorfeld diskutiert, insbesondere ob der Zeitpunkt für den Antrag der Richtige ist und ob man nicht auch andere CDU-Landesverbände hätte

„mit ins Boot“ holen müssen. Natürlich waren viele Mitglieder der LSU aber über die Verweisung ein wenig enttäuscht. Trotzdem ist diese ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Die offizielle Anerkennung der LSU, in welcher Form auch immer, ist die logische Konsequenz aus den Entwicklungen der letzten Jahre.

Allerdings ist nun auch die LSU gefordert weiter zu arbeiten und zu zeigen, warum sie eine Bereicherung für die Partei ist. Sie muss sich weiterhin für Vielfalt in der Partei und damit für die Zukunftsfähigkeit der CDU als Volkspartei einsetzen. Wir als LSU in Niedersachsen werden die Zusammenarbeit mit unsere Landespartei jedenfalls weiter intensivieren und unsere Aktivitäten weiter ausbauen, damit es bald heißt: „Mittendrin, statt nur dabei!“

Liberaler Demokratie verteidigen!

Frank Hoffmann über die kommunalpolitische Rolle der LSU

Ich setze mich als Mitglied des Stadtrats Speyer entsprechend den im Grundgesetz verankerten Menschenrechten gegen jegliche diskriminierende Äußerung oder Haltung ein, sei es aufgrund der ethnischen Herkunft, der Religion, der geistigen und körperlichen Beeinträchtigung, des gesellschaftlichen Status, des Geschlechts, der sexuellen Identität oder sonstiger Art.“

So lautet der erste von drei Absätzen aus der Antidiskriminierungsagenda der Stadt Speyer (Rheinland-Pfalz), die der Stadtrat 2015 mit 44 Stimmen einstimmig bestätigte. Bei der Erneuerung der fraktionsübergreifenden Erklärung im Oktober 2019 waren es nur noch 39 Ja-Stimmen. Die Vertreter der politischen Rechten im Stadtparlament lehnten die Agenda ab und beharrten auf „ihrer“ Sicht der Dinge: der Rassebegriff sollte eingeführt, die sexuelle Identität gestrichen werden. Nur vier Jahre liegen zwischen diesen Abstimmungen. Vier Jahre, die unser Land mit seiner liberalen Demokratie nachhaltig verändern können, wenn wir nicht wachsam bleiben.

LSU-Mitglieder sollten sich kommunal einbringen

„Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, dass der Text der Agenda kein entbehrliches Wort enthält und es fehlt auch nichts darin“. Mit diesen Worten lehnte Stadtrat Frank Hoffmann für die gesamte CDU-Fraktion, der größten Fraktion des Rates, die Änderung ab. „Wir sind alle aufgefordert, im



Rein in den Stadtrat: Frank Hoffmann appelliert an die LSU-Mitglieder, sich einzusetzen und unsere Werte in den Kommunalvertretungen zu verteidigen

realen Leben und im Netz Courage zu zeigen, hinzuschauen, hinzuhören und den Geist der Agenda vom Papier ins Leben zu tragen ... Wir Demokraten müssen diejenigen sein, die den ersten Widerspruch leisten, wo es uns notwendig erscheint. Den Widerspruch, an dem sich die schweigende Mehrheit, die sich nicht gerne zuerst äußert, festhalten kann. Wir müssen Mutmacher sein und die geistigen Brandstifter in diesem Land benennen“.

Dieses Beispiel ist kein Einzelfall und macht klar, warum wir als Mitglieder der LSU unseren legitimen Platz in der Union einnehmen müssen: In den Vorständen unserer Parteien und in den Räten unserer Kommunen. Dort können wir mit unserer Sicht der Dinge Einfluss ausüben und uns einmischen, finden Gehör und können Dinge ändern, vorantreiben – und gelegentlich

eben auch verhindern. Hierfür müssen sich die Mandatsträger in der LSU untereinander noch enger vernetzen, miteinander im Gespräch bleiben und präsent sein auf Parteitagungen aller Ebenen.

Klar ist: Unser Themenspektrum endet bei weitem nicht bei „L“ und „S“. Und: Nichts wäre schlimmer, als wenn uns alleine die Mitgliedschaft in der LSU schon zufriedenstellen würde. Die Zukunft der liberalen Demokratie wird an der Basis, in den Vorständen und Räten unseres Landes entschieden.



Frank Hoffmann
Stellvertreter
der Kreisvorsitzender der
CDU Speyer

Kontakt:
frank.hoffmann@cdu-speyer.de

2020: Feiern wir ein Ulrichs-Jubiläum?

Karl Heinrich Ulrichs war ein Vorkämpfer für Homosexuellenrechte

Der deutsche Sexualwissenschaftler Volkmar Sigusch bezeichnete ihn einst als „ersten Schwulen der Weltgeschichte“: Karl Heinrich Ulrichs war einer der bedeutendsten Vorkämpfer für die Rechte von Homosexuellen – und er kam aus „Niedersachsen“. Im August 1825 wurde Ulrichs im ostfriesischen Westerfelds (heute Stadtteil Kirchdorf in Aurich) im damaligen Königreich Hannover geboren. Der Jurist war kurzzeitig im Staatsdienst tätig. Nachdem aber 1854 Ermittlungen gegen ihn wegen „widernatürlicher Wollust mit anderen Männern“ eingeleitet wurden, ließ er sich in Burgdorf bei Hannover als Anwalt nieder. Kurze Zeit später wurde aber ein Berufsverbot gegen ihn erwirkt. Seitdem schlug er sich als Journalist durch.

Die Erfindung der Urninge

1864 veröffentlichte Ulrichs seine erste von einem Dutzend Abhandlungen über die mann-männliche Liebe. Weil es das Wort „Homosexualität“ noch nicht gab (der Begriff „homosexuell“ wurde erst rund 50 Jahre später geprägt) und man eher von Päderasten oder Sodomisten sprach, erfand Ulrichs den Kunstbegriff der Urninge. Dabei beruft sich der gelehrte Mann auf die griechische Mythologie. In Platons Symposion ist von den zwei Formen der Liebesgöttin Aphrodite die Rede. Auf der einen Seite gebe es Aphrodite Dionea, die Tochter von Zeus und Dione. Sie stand in Ulrichs Auslegung für die verschiedengeschlechtliche

Liebe. Auf der andere Seite ist von Aphrodite Urania die Rede, die aus abgetrennten Körperteilen des Uranus entstanden sein soll. Ulrichs sah hierin die eigen- oder gleichgeschlechtliche Liebe.

Aus dieser Überlegung heraus leitete Ulrichs ab, dass homosexuelle Menschen von ganz anderer Natur seien als heterosexuelle. Deshalb könne auch nicht von einer „widernatürlichen“ Handlung die Rede sein, wenn zwei Männer (also Urninge) oder zwei Frauen (diese nannte er Urninde) miteinander verkehrten. Auch die „urnische Ehe“ hatte Ulrichs schon gefordert. Doch mit all seinen Konzepten und Ideen konnte er sich nicht durchsetzen.

Zum Eklat kam es, als Ulrichs 1867 beim Deutschen Juristentag in München einen Antrag zur Entkriminalisierung der einvernehmlichen Homosexualität einbringen wollte. Kurz nachdem Ulrichs mit seinen Ausführungen begonnen hatte, wurde es unruhig unter den Juristen. Es gab erhebliche Proteste. Trotz formaler Fehlerfreiheit wurde Ulrichs Antrag abgebugelt und verschwand schließlich in der Versenkung.

Dorthin trieb es letztlich auch Ulrichs selbst. Im Juli 1895 verstarb er in Italien „verbannt und arm“ wie seine Freunde in Latein in seinen Grabstein eingravieren ließen.

Im kommenden Jahr jährt sich sein Todestag nun zum 125. Mal. Mehr als ein Jahrhundert war Ulrichs in der Wahrnehmung der Deutschen verschwunden. Für seine Ideen und seinen Mut sollten wir sein Andenken ehren. <

Gedenkorte in Niedersachsen

Die erste öffentliche Ehrung erfuhr Karl Heinrich Ulrichs im Jahr 1997. In **Göttingen** wurde an der Adresse Am Markt 5 eine Gedenktafel für den Juristen angebracht, der dort von 1844 bis 1845 gewohnt hatte.

Im Jahr 2006 wurde eine Straße in **Hannover** nach Ulrichs benannt. Die Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße befindet sich zwischen Kaufland und dem neuen DB-Gebäude auf der Rückseite des Hauptbahnhofes.

In seiner Geburtsstadt **Aurich** wurde Ulrichs 2014 eine Ehrung zuteil. Anlässlich der ersten CSD-Demonstration wurde (in Anwesenheit der damaligen Sozialministerin) ein Platz nach ihm benannt.

Die jüngste Auszeichnung erfuhr Ulrichs im Jahr 2016. Da brachte die zuständige Superintendentin im evangelisch-lutherischen

Burgdorf eine Gedenktafel an der Superintendentur an. In diesem Haus lebte Ulrichs von 1835 bis 1839 und von 1842 bis 1844 bei seinem Großvater Johann Heinrich Heinrichs, der selbst Superintendent in Burgdorf war.

